



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21631 - 33
Fernschreiber 0886890

E/XIII/39 - 15. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Innenpolitisches Unbehagen Wird der Bundesbürger behalten, was er besitzt?	50
2 - 3	Solidarität der Völker auf die Probe gestellt Von Max Diamant	100
4 - 5	Auch Grotewohl ein Opfer Ulbrichts? Folgen der Säuberungsaktion	66
6 - 7	"Wir sind im Begriff, Frankreich zu verlieren" "Le Monde" und die Bombardierung auf Sakiet	79

* * * * *

Innenpolitisches Unbehagen

sp- Der Prozess der "Preisentflechtung", wie Bundeswirtschaftsminister Erhard einen Vorgang bezeichnete, dessen hervorstechendstes Merkmal eine allgemeine Preissteigerung ist, stellt das Sozialgefüge der Bundesrepublik auf eine harte Probe. Inflationistische Züge sind unverkennbar. Das Geld hat seit der Währungsreform ständig an Kaufkraft verloren und noch ist kein Ende dieser fortschreitenden Entwicklung denkbar. Die auf uns zukommenden Milliardenausgaben für Rüstungen bilden den grössten Unsicherheitsfaktor, da wohl heute noch niemand die finanzpolitischen und währungspolitischen Auswirkungen dieses Riesencostens - es wird die Summe von 60 Milliarden innerhalb von vier Jahren genannt - zu übersehen vermag.

Eine falsch angelegte, weil von engkernigen Interessentengruppen massgeblich bestimmte Wirtschaftspolitik tut dazu ein Übriges. Statt die Einfuhrschleusen zu öffnen als eines der wirksamsten Mittel, das überhöhte Preisniveau zu senken, versperrt sich die Regierung selbst diesen Weg. Die Folgen können nicht ausbleiben, die sozialen Spannungen werden von Tag zu Tag fühlbarer. Der Kampf um eine halbwegs gerechte Verteilung eines nicht mehr im gleichen Masse wie in den Vorjahren ansteigenden Sozialprodukts wird schärfer und erbitterter.

Der Textilarbeiterstreik in Hessen, die vorzeitig erfolgten Tarifkündigungen im Baugewerbe und der sich zuspitzende Lohnkonflikt in der Eisen- und Stahlindustrie sind innen- und sozialpolitische Warnzeichen. Mit guten Gründen wehren sich die Arbeitnehmer dagegen, allein die Lasten einer Rüstungspolitik und der Preissteigerungen zu tragen. Arbeitskämpfe unbekanntes Ausmasses zeichnen sich ab. Sie werden unvermeidlich sein, wenn die Regierung nicht durch geeignete wirtschaftspolitische Massnahmen den Trend zur Verschärfung der sozialpolitischen Situation aufhält und es obendrein noch zulässt, dass die grossen Kapitalgesellschaften bei alledem noch Riesengewinne einheimsen. Bisher hat sie alle Warnungen in den Wind geschlagen. Sie lässt die Dinge treiben, sie sieht nicht die Risse in unserem Sozialgefüge, will sie nicht sehen.

Stattdessen macht sie sich auf einem anderen Gebiet stark. Der von Jahr zu Jahr mit gleichbleibender Monotonie immer wiederkehrende Streit zwischen Bund und Ländern um den finanziellen Anteil des Bundes an der grundsätzlich den Ländern zufließenden Einkommen- und Körperschaftsteuer nimmt diesmal besonders unerquickliche Formen an, da der Bund im Vergleich zu früheren Jahren auf einem weit grösseren Anteil besteht. Die finanzielle Eigenständigkeit der Länder ist bedroht und dies zu einer Zeit, in der an sie grosse Anforderungen gestellt werden - man denke nur an die Wiedergutmachung, an den sozialen Wohnungsbau und an die Förderung von Wissenschaft und Forschung. Am liebsten möchte der Bundesinnenminister die Länder zu Verwaltungseinheiten ohne selbständige Initiativen degradieren.

Das alles zusammengekommen sind recht unerfreuliche Erscheinungen. In der Aussenpolitik hat die Bundesregierung ihre Bewährungsprobe nicht bestanden - die Wiedervereinigung ist blockiert - in der Innen- und Wirtschaftspolitik wird ihre Abhängigkeit von mächtigen Kapitalinteressen immer deutlicher. Sie bleibt der Gefangene einer Politik, die in ihren Auswirkungen die Grundfesten des Staates gefährdet. Vielleicht dürfte der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, da der Bundesbürger nicht mehr ganz hat, was er besass, als er die Entscheidung vom 15. September traf.

Solidarität der Völker auf die Probe gestellt

Von Max Diamant

Dass das Wirken der hochentwickelten industriellen Gesellschaften geradezu von entscheidender Bedeutung für die historische Entwicklung der unterentwickelten Länder ist, ist heute eine allgemeine Erkenntnis. In der immer enger zusammenrückenden Welt von heute haben sich daraus Schlussfolgerungen ergeben, die fast einer Verpflichtung gleichkommen und nun in dem wachsenden Strom technischer, wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Hilfsleistungen ihren deutlichen Ausdruck finden. Die Motive des heutigen Verhaltens der führenden Länder zu den historischen Nachzöglerern mögen dabei vielfältig sein. Es handelt sich sowohl um ein Nachgeben gegenüber dem Druck, der von den erwachenden Völkern ausgeht, manchmal auch um eine taktische Vorwegnahme dieses Drucks - sozusagen als geleistete Prämie für die Verlängerung der eigenen Sicherheit. Dieser moderne "Altruismus" der führenden Länder wird in erster Linie durch wirtschaftliche, politische und machtpolitische Gründe bestimmt; Es geht um die Erhaltung oder Erweiterung der eigenen Einfluss-Sphären oder auch um die Intensivierung der bisherigen Kapitalausfuhr.

Trotz einer beachtlichen Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes und des Volumens der Leistungen stehen die staatlichen Bemühungen um die aufholenden Länder in Grossen und Ganzen nicht im Zeichen einer zunehmenden Völker-Solidarität. Anders sieht es bereits aus, wenn nicht ein einzelner Staat in Vertretung seiner besonderen Interessen auf den Plan tritt, sondern über-nationale Körperschaften, wie etwa die U.N.E.S.C.O., die Internationale Gesundheits-Behörde, das Internationale Arbeitsamt usw. Ähnlich positive Arbeit verrichten auch einige Gesellschaften von Weltruf, sowohl auf dem Gebiete der Forschung als auch durch technische und praktische Anleitung. Nach wie vor sind es aber einzelne, auf sich selbst gestellte Männer, erfüllt von einer Haltung wahren Humanismus, die in den verschiedenen Ländern Vorbildliches in der Vermittlung des kulturellen und technischen Fortschritts leisten. Das sind oft Männer, die mit selbstloser Hingabe sich einsetzen und so die Hilfsbereitschaft für den Nebenmenschen, für den unwissenden und armen Bruder, wahr machen. Der grosse Menschenfreund Albert Schweitzer ist für diese Haltung ein Symbol.

Sozialisten im Vordergrund

Zutiefst entspricht es der gleichen humanistischen Grundhaltung, wenn seit jeher einzelne Sozialisten aus der europäischen Bewegung in rückständigen Ländern immer wieder versuchten, den Unterdrückten durch Rat und Tat beizustehen. Weil der isolierte Sozialist in solchen Ländern, ähnlich wie der auf sich gestellte Humanist, von einer grossen Idee erfüllt ist, verbargen sich hinter seiner solidarischen Haltung nie Absichten auf Eroberung irgendwelcher Art. Zeitweise und stellenweise hat dann diese Arbeit isolierter Sozialisten die solidarische Unterstützung von ganzen Organisationen aus der europäischen sozialistischen Bewegung gefunden. Besonders die politische Geschichte des amerikanischen Kontinents ist seit den Anfängen der europäischen Arbeiterbewegung angefüllt von zahllosen Bemühungen einzelner europäischer Sozialisten, auf dem neuen Boden das sozialistische Gedankengut und die politisch-organisatorischen Erfahrungen fruchtbar werden zu lassen.

In diesem Sinne sind die Anfänge der älteren sozialistischen Parteien auf dem amerikanischen Kontinent - so in Argentinien, Chile und Uruguay, aber auch die Anfänge der Arbeiterbewegung in den USA, in Mexiko und in Kanada - das direkte Resultat der Initiative und des Einsatzes einzelner europäischer Sozialisten. Gerade aber auf dem amerikanischen Kontinent ist der kaum entstandenen sozialistischen Bewegung durch das unseelige Wirken der Komintern, durch die skrupellose Ausnützung aller freibleiblichen Bestrebungen und ihre Verknüpfung mit den Tagesinteressen des russischen Staates ein schwerer Schaden zugefügt worden. Die sozialistische Bewegung als Ganzes ist in tiefen Misskredit gebracht worden. Besonders in Lateinamerika bedarf es darum einer sehr zähen und langwierigen Aufbauarbeit von neuen sozialistischen Elementen - und der massvollen Zuzückhaltung der europäischen Sozialisten, die mit der Bewegung ihrer Ursprungsländer verbunden sind - um hier die lähmende Vertrauenskrise zur sozialistischen Bewegung wieder zu überwinden.

Ohnehin hat die sozialistische Bewegung auf dem amerikanischen Kontinent seit jeder einen steinigen Boden vorgefunden. Bei einem allgemeinen Vormarsch der sozialistischen Bewegung in allen Ländern Europas, wie er in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts festzustellen war, ist es bezeichnenderweise auf dem ganzen amerikanischen Kontinent sehr schwer gewesen, die Bewegung zu verankern. Selbst in dem sozial-ökonomisch führenden Land des amerikanischen Kontinents, in den USA, trägt die sozialistische Bewegung noch nach Jahrzehnten deutliche Züge ihres europäischen und teilweise landsmannschaftlichen Ursprungs. Erst im historischen Abstand und nach den vielfältigen Erfahrungen im Verlaufe dieses Jahrhunderts ist es jetzt klar, dass die "Schuld" für den schwachen Fortschritt der sozialistischen Bewegung auf dem amerikanischen Kontinent und in anderen "neuen" Kontinenten nicht so sehr bei deren besonderen Bedingungen zu suchen ist, sondern vielmehr umgekehrt bei den besonderen, historisch einmaligen Zusammenhängen, die im "alten" Europa zur Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Bewegung geführt haben.

Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung

Tatsächlich ist in Europa die sozialistische Bewegung als Resultat und Krönung aller vorangegangenen gesellschaftlichen Kämpfe und geistigen Auseinandersetzungen ins Leben getreten. Sie war und ist darum hier ein Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Länder aber der nicht-europäischen Erdteile, die zum Teil neuerschlossene Kontinente waren und teilweise neuwachsende Gebiete noch geblieben sind, haben in keiner Weise diesen ansteigenden gesellschaftlichen Entwicklungs- und Wachstumsprozess zurückgelegt. Selbst die USA bieten das Beispiel, welche Disproportionen und eigenartige kulturhistorische Auswirkungen die sprunghafte sozialökonomische Entwicklung eines Landes auslösen kann. So gesehen ist die sozialistische Bewegung als Träger einer grossen Menschheitsidee aber auch als eine universelle Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zutiefst daran interessiert, mit den Völkern, die in den historischen Entwicklungsprozess verspätet eingetreten sind, eine gemeinsame Sprache zu finden. Das ist unser notwendiger Beitrag dazu, dass diese Völker, in organischer Weise, mit der allgemeinen Entwicklung der modernen Gesellschaft sich immer stärker verbinden. Denn die sozialistische Bewegung und die erwachenden Völker gehören politisch und historisch zusammen; sie haben gemeinsame Interessen. Historisch gesehen ist es die gemeinsame Aufgabe der Verwirklichung der Freiheit - nicht nur der eigenen Gemeinschaft, nicht nur des eigenen Volkes und nicht auf Kosten anderer Völker.

13. Februar 1958

Auch Grotewohl ein Opfer Ulbrichts ?

E.Z. - Berlin

Der überraschende Urlaub, den Pankows Ministerpräsident Grotewohl jetzt angetreten hat, musste wenige Tage nach den dramatischen Auseinandersetzungen in Politbüro und Zk der SED Anlass zu der Frage geben, ob etwa auch der Regierungschef Grotewohl ein Opfer der neuen Säuberungsmaßnahmen Ulbrichts ist. Grund zu Kombinationen gibt weniger die lakonisch kurze amtliche Verlautbarung über diesen "Kuraufenthalt", als vielmehr die Ungewissheit darüber, wer nun eigentlich alles zur "Opportunistengruppe" Schirdewan - Wollweber zu zählen ist. Das Schlusswort, das Ulbricht auf dem 35. Plenum gewissermassen als Bilanz und grosse "Abrechnung" mit seinen Gegnern zieht, ist bisher noch nicht veröffentlicht worden. Die fiebrige Eile, mit der die SED-Führung jetzt in ihrer Presse die "Verpflichtungen" zur Vorbereitung des 5. Parteitagess in den Vordergrund stellt, wird in ostberliner Funktionärskreisen als ein Ablenkungsmanöver betrachtet, um die Öffentlichkeit und vor allem die Parteimitgliedschaft über den Umfang der Säuberungen im Unklaren zu halten.

Es gibt immerhin zwei Punkte, die den Verdacht, auch Grotewohl sei in Ungnade geraten, fast zur Gewissheit werden lassen. Die Tatsache, dass im Augenblick des entscheidenden Staatsumbaus, der die Auflösung von neun Ministerien mit sich bringt, der Regierungschef sich zu einer "Kur" ins Ausland begibt, spricht dafür, dass Ulbricht Grotewohl los sein wollte, um als erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten in jeder Weise freie Hand zu haben.

Noch schwerer wiegt jedoch der Verlauf der Auseinandersetzungen in der Führungsspitze der SED. Es ist aus authentischer Quelle bekannt geworden, dass Grotewohl im Politbüro und im Zk der SED gegen einen Ausschluss von Schirdewan, Wollweber und Ölschner Stellung genommen hat. Dass sich Ulbricht auch im Zk nach der dreitägigen Sitzung noch nicht hatte durchsetzen können, so dass das 35. Plenum um einen weiteren Tag verlängert werden musste, ist vor allem auf den Einfluss der Haltung Grotewohls zurückzuführen. Ohne dass sich etwa Grotewohl auf die Seite der Rebellen geschlagen hätte, hatte er aber zum "Wohle der Partei" vor drakonischen Massnahmen gewarnt.

15. Februar 1958

Grotewohl war so für Ulbricht bei dessen Kraftprobe mit den "Rebellien" zu einem Bremsklotz geworden. Dies musste dem Zorn des empfindlichen SED-Chef erregen, wenn auch die Vermittlerposition von Grotewohl Barckhaus legitim gewesen sein mag. Grotewohls "Kuraufenthalt" im Ausland kann so durchaus die erste Strafe für mangelnde Linientreue gegenüber Ulbricht sein.

Grotewohl hat dem SED-Chef Ulbricht nicht das erste Mal schwere Sorgen bereitet. Schon nach dem Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 hatte Grotewohl eine Haltung eingenommen, die keineswegs dem "Rachekurs" Ulbrichts entsprach. Grotewohl war es, der nachher mit Hilfe der Sowjetkanzer niedergeschlagenen Aufstand der Werktätigen im Transformatorwerk in Ostberlin und im Kombinat "Otto Grotewohl" in Böhlen offen erklärte, die Unruhen vom 17. Juni seien keineswegs das Werk von "westlichen Agenten und Provokateuren" gewesen. Sie wären niemals zum Ausbruch gekommen, wenn nicht unter den Arbeitern eine Mißstimmung über die SED- und Regierungspolitik vorhanden gewesen wäre.

Hätte Grotewohl mit diesen Erklärungen gegen die Ulbricht-These von der ausschliesslichen Verantwortlichkeit "westlicher Agentenorganisationen" verstoßen, so was auch Grotewohls Haltung beim Ausschluss der Gruppe Zaisser - Herrnstadt im Januar 1954 keineswegs dazu angetan, die Position des SED-Chefs Ulbricht zu stützen. Gewiss, Grotewohl wagte damals nicht, sich offen auf die Seite jener SED-Funktionäre zu stellen, die aus dem 17. Juni 1953 konkrete Folgerungen ziehen wollten, aber allein die Tatsache, dass die Zaisser-Herrnstadt-Gruppe damals Grotewohl weiter als Regierungschef akzeptierte, muss Ulbricht als Beweis für die Anfälligkeit Grotewohls für "Abweicher-Tendenzen" erscheinen sein.

Ulbricht wurde niemals seit 1953/54 dem Alpdruck los, dass es in der Führungsspitze der SED einen anti-Ulbricht-Flügel geben könnte, der bei entsprechender Konstellation bereit wäre, offen gegen ihn aufzutreten. Die Haltung Grotewohls in den letzten dramatischen Auseinandersetzungen des Politbüros und Zk muss Ulbrichts Argwohn gegenüber dem Pankower Regierungschef erneut bestärkt haben, so dass der "Kuraufenthalt" des Ministerpräsidenten im Ausland durchaus als eine beginnende Ausschaltung verstanden werden kann.

"Wir sind im Begriff, Frankreich zu verlieren"

H.E.D. Freitag abend hat der Pariser Polizeipräsident auf Anordnung des Innenministers eine von zahlreichen Schriftstellern, Politikern und Wissenschaftlern organisierte Protestkundgebung gegen die Bombardierung des tunesischen Grenzortes Sakiel verboten. Auf dieser Kundgebung sollten u.a. der Schriftsteller Jean-Paul Satre, Claude Bourdet und der ehemalige sozialistische Minister und kürzlich wegen seiner oppositionellen Haltung gegen die Politik Guy Mollets aus der Partei ausgeschlossene Professor André Philip sprechen. Dieser Vorgang zeigt, dass es ein Frankreich gibt, das nicht mitschuldig werden will an einer Politik, die kein Freund Frankreichs mehr versteht.

Wir Deutschen haben uns nach dem Kriege leidenschaftlich gegen die Kollektivschuld-These zur Wehr gesetzt. Auch in Frankreich stehen immer mehr Frauen und Männer auf, die der Welt sagen, dass man das französische Volk wegen der Bombardierung von Sakiel nicht kollektiv verurteilen darf. An ihrer Spitze steht der Chefredakteur der wohl angesehensten Zeitung Frankreichs "Le Monde", Maurice Duverger. Er schreibt:

"Was bedeutet das Bombardement von Sakiel militärisch? Nichts! Denn man kann nicht mehr von jener Ökonomie der eingesetzten Mittel, der sich jede einsichtige Strategie zu unterwerfen hat, sprechen, wenn 25 Jagdbomber eine halbe Stunde lang operieren, damit als Ergebnis die Zerstörung von zwei Posten der Flak und einer Unterkunft der Rebellen in der Nähe des Dorfes gemeldet wird. Eine solche Aktion lässt sich wahrlich einzig unter dem Blickwinkel des Terrors erfassen."

Duverger macht keine Ausflüchte. Ein Zahlenvergleich, und das militärische Contre verflüchtigt sich. Eine Million Dollar pro Tag kostet der Krieg in Algerien, und das bei einem Staatshaushalt, dessen Defizit die wirtschaftlichen Anstrengungen Frankreichs in der Sackgasse münden lässt. Was kann die Militärfinanz jetzt noch sagen? Nichts mehr!

Seit Jahren verteilen die Pariser Regierungen bei Steuererhöhungen die Beruhigungspillen "der letzten Viertelstunde". Koch im September 1957 lautete die zweckoptimistische Aussage des General Salan: "Im Februar 1958 ist der algerische Aufstand in die Knie gezwungen". Duverger aber, die Resistance Frankreichs vor Augen, sagt: "Koch niemals haben Einschüchterungsaktionen den Widerstand von Völkern gebrochen. Weder in Bürgerkriegen noch anderswo".

Es ist schon zur Routine geworden, dass französische Minister vor Beginn internationaler Zusammenkünfte wie etwa in der UNO weitläufige Reisen unternehmen müssen, um die ausländischen Regierungen in der Algerienfrage zu einer pro-französischen Stellungnahme zu bewegen - 7 -

